

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19. Oktober 2012 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Fraktion der SPD hat seit Ausbruch der Krise immer wieder bekräftigt, dass sie bereit ist, europapolitische Verantwortung wahrzunehmen. Deshalb hat sie zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung zugestimmt: Diese Schritte waren notwendig, aber völlig unzureichend. Die Bundesregierung agiert weitestgehend konzeptlos und die Bundeskanzlerin lässt Führungsstärke vermissen, um die Krise zu lösen und die Zukunft des Euro zu sichern.

Zur Ratifizierung des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion, des so genannten Fiskalpakts zur Stärkung der Haushaltsdisziplin, war eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag erforderlich. Die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und FDP war auf die Zustimmung der Opposition angewiesen. Der Deutsche Bundestag hat schließlich nach Verhandlungen mit der Bundesregierung mit den Stimmen der Regierungsfractionen der CDU/CSU und FDP sowie mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 29. Juni 2012 dem Fiskalpakt sowie der Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zugestimmt. Die Unterstützung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfolgte unter der Bedingung, dass die Bundesregierung erstens eine Finanztransaktionssteuer notfalls im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit einführt und zweitens ein Wachstums- und Beschäftigungspakt auf europäischer Ebene verabschiedet wird.

Sozialdemokratische Kräfte und namhafte Ökonomen in ganz Europa haben den eindimensionalen Fokus auf einseitige rigorose Sparmaßnahmen in den notleidenden Staaten kritisiert. Über Monate hinweg hat insbesondere die Bundesregierung Maßnahmen für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung keine Beachtung geschenkt. Dabei kann die Konsolidierung der Haushalte und der Weg zu soliden Finanzen ohne wirtschaftliches Wachstum nicht gelingen. Die Entwicklungen in den notleidenden Staaten belegen das zunehmend. Trotz aller Spar- und Reformanstrengungen kommen die Haushalte nicht wieder ins Gleichgewicht, weil das, was auf der Ausgabenseite eingespart wird, auf der Einnahmeseite wegbreicht, wenn die wirtschaftliche Erholung ausbleibt. Zudem müssen höhere Zinsen bezahlt werden, die die Einsparungen auffressen.

Deshalb hat die Fraktion der SPD die Bundesregierung mit Erfolg darauf verpflichtet, sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen, auch wenn diese nicht auf EU-Ebene oder in der Eurozone, sondern zunächst nur im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit

einiger Mitgliedstaaten möglich ist. Mit der Finanztransaktionssteuer werden endlich diejenigen an den Folgekosten der Krise beteiligt, die sie mit verursacht haben. Die Einnahmen aus der Steuer können zudem der Finanzierung von Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung zugutekommen. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich eine ausreichende Anzahl von Mitgliedstaaten an der Einführung einer Finanztransaktionssteuer beteiligen möchte. Das wäre jedoch ohne den Verhandlungserfolg der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht möglich gewesen, da vor allem die Fraktion der FDP die nicht europaweite Einführung der Steuer stets abgelehnt und blockiert hat.

Außerdem konnte die Opposition in den Verhandlungen durchsetzen, dass das einseitige Krisenmanagement um einen Wachstums- und Beschäftigungspakt ergänzt wird. Dank des Drucks der Fraktion der SPD konnte vor allem auch durchgesetzt werden, dass die EU-Länder in diesem Jahr das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 10 Mrd. Euro und damit die Darlehenskapazität erhöht haben. Mit dem Wachstums- und Beschäftigungspakt wurde auch bereits die Forderung verknüpft, den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 auf die Ziele Investitionen, Wachstum und Beschäftigung auszurichten.

Das wurde in einem gemeinsamen Papier der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag beschlossen. Die Fraktion der SPD erwartet von der Bundesregierung jetzt, dass sie die Ziele dieses Wachstums- und Beschäftigungspaktes entschlossen und kontinuierlich vorantreibt. Den Ankündigungen müssen – auch über den Pakt hinaus – endlich Taten folgen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich energisch dafür einzusetzen, dass die Themen Wachstum und Beschäftigung Schwerpunkte des Europäischen Rates am 18./19. Oktober 2012 sind. Neben soliden öffentlichen Finanzen brauchen die notleidenden Staaten vor allem Wachstumsimpulse, um erfolgreich ihre Haushalte zu konsolidieren. Die einseitig auf Ausgabenkürzungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Haushaltskonsolidierung wird die notleidenden Staaten noch tiefer in die Rezession reißen;
- sich auf Grundlage des Umsetzungsberichts der Europäischen Kommission zum Wachstums- und Beschäftigungspakt mit den besonders betroffenen Mitgliedstaaten auf die vordringlichsten Aufgaben zu verständigen. Notwendige wirtschaftliche Aufbauprogramme müssen auf einer Analyse der jeweiligen Chancen vor Ort beruhen;
- dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa höchste politische Priorität beizumessen und eine mittel- und langfristige nachhaltige Strategie zur Bekämpfung und Prävention von Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln. Insbesondere sollte die Bundesregierung die Arbeiten der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, und auch die Einführung einer Jugendgarantie finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), wie im gemeinsamen Papier beschlossen, vorantreiben;
- sich in den Verhandlungen zum neuen EU-Finanzrahmen, dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020, für eine strategische Neuausrichtung zugunsten von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung einzusetzen. Die bloße „better-spending“-Strategie der Bundesregierung ist Deckmantel für effektive Kürzungen im Budget. Die Bundesregierung muss sich an die vereinbarte Position halten, dass es nicht zu Kürzungen zu Lasten von Investitionen in den Struktur- und Kohäsionsfonds sowie im ESF kommen soll und diese in den Verhandlungen verhindern;

- sich darüber hinaus bei den Verhandlungen zu den Verordnungen im Bereich der Strukturfonds dafür einzusetzen, dass es insbesondere für Gelder aus dem ESF keine Kürzungen aufgrund von Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt gibt (so genannte Makroconditionalität);
- zur Überwindung der Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten nicht nur auf die Anpassung der Lohnentwicklung in den notleidenden Staaten zu drängen, sondern auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland zur Stärkung der Binnennachfrage einzuführen, und damit zur Stabilität der Eurozone beizutragen;
- sich im Rahmen der Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die unfertige Fiskalunion um eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Sozialunion ergänzt wird. Hierfür bedarf es einer Ergänzung bzw. Verstärkung bisheriger Koordinierungsinstrumente auf europäischer Ebene durch intelligent gestaltete, verbindliche Zielkorridore bei Steuern, Löhnen und Sozialausgaben. Hierzu gehören europaweite Mindestlöhne, die an der Höhe der nationalen Durchschnittseinkommen ausgerichtet sind, eine Angleichung der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage zur Verhinderung von Steuerdumping, eine Koordinierung von Sozial- und Bildungspolitiken beispielsweise durch verbindliche Mindestquoten der Haushaltsmittel für diese Bereiche oder auch über verbindliche Zielvorgaben;
- dem Deutschen Bundestag über die Umsetzung des Wachstums- und Beschäftigungspakts regelmäßig und fortlaufend zu berichten.

Berlin, den 16. Oktober 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

